

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erhöhen des Preises für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Memelgebiet sowie für die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Dreieckstraße 50b.

Die wichtigsten Neupostkasselle oder deren Raum kostet 1.- M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sturm der Portemonnaiebeschützer

Helfferich gegen die Reichssteuern

Wie die P. P. N. hören, soll der Deutschnationalen Abgeordnete Helfferich beabsichtigen, noch vor den Reichstagsferien im Plenum von der Reichsregierung eine Erklärung über den Gesamtplan der Steuerentwürfe zur Erfüllung des Ultimatum zu erzwingen. Helfferich will die verschiedenen Bruchstücke von Steuerplänen, die bisher in die Öffentlichkeit gelangt sind, und die seiner Ansicht nach einander widersprechen, sowie insbesondere die verschiedenen programmatischen Reden des Reichskanzlers Wirth aufs Schärfste kritisieren, um dadurch den Reichstag herauszufordern, zu seiner Rechtfertigung mit dem Gesamtsteuerplan im Plenum hervorzutreten. Falls das Vorhaben Helfferichs gelingt, und eine Generaldiskussion in der Steuerfrage heraufbeschworen würde, dürfte die Vertagung des Reichstages verschoben werden müssen.

Bekanntlich haben sich die Mehrheitsparteien darauf geeinigt, daß der Reichskanzler eine Erklärung abgibt, in der er den Rahmen der geplanten Steuern zieht. Die Einzelberatung soll dann während der Ferien durch einen besonderen Ausschuss erfolgen, da in der Kürze der Zeit bisher eine völlige Lösung der schwierigen Fragen nicht möglich war. Im übrigen scheint es sehr zweifelhaft, ob Helfferichs Vorstoß gelingen wird, oder ob ihm nicht die Mehrheit des Reichstages einen Strich durch die Rechnung machen wird. —

Es ist durchaus begrüßenswert, daß die Deutschnationalen sich so schnell demaskieren und offen als die Schützer des Geldbesitzes der Besitzenden auftreten. Nur die Furcht, daß jetzt endlich auch diejenigen Kreise zum Steuerzahlen herangezogen werden sollen, die sich bisher immer den Lasten entzogen haben, bestimmt das Vorgehen Helfferichs.

Die Antwort des Reichskanzlers Wirth auf diesen Vorstoß Helfferichs darf aber nun nicht in einem schwächlichen Rückzug bestehen, vielmehr muß er mit aller Entschiedenheit die Absicht, vor allem die Besitzenden zu den Steuerlasten heranzuziehen, hervorheben, und er darf dabei keinen Zweifel daran lassen, daß er in erster Linie an eine starke Erfassung aller Goldwerte denkt. Der Reichskanzler darf sich in dieser Absicht auch nicht wankend machen lassen durch die reaktionären Widerstände im Finanzministerium und ebensowenig durch die Widerstände im Kabinett, die, von den Demokraten ausgehend, noch verstärkt werden durch die Unzulänglichkeit der rechtssozialistischen Minister Bauer und Gradnauer.

Nur wenn der Reichskanzler Wirth keinen Zweifel daran läßt, daß er die Besitzenden aufs Schärfste zu den Steuerlasten heranziehen will, wird er die Möglichkeit haben, seine Lage so zu festigen, daß nicht der Sturz der Regierung die Folge des Angriffs der Deutschnationalen ist.

Preußen

Auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Hannover im Herbst 1920 erklärte der Abgeordnete von Hergt, es sei das Ziel seiner Partei, aus Preußen eine Ordnungszelle im Sinne Bayerns zu machen. Die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen berechtigten zu den stärksten Hoffnungen, und wenn das Ziel der Deutschnationalen Volkspartei erfüllt sei, dann werde von Preußen und von Bayern aus das Reich, also die Republik, „in die Länge genommen“ werden. Der Schlussteil der Rede Hergt klang in einem begeisterten Lobspruch auf die Monarchie aus. Wenn also die Deutschnationalen die Gelegenheit bekommen würden, von Preußen und von Bayern aus die Länge gegen das Reich anzusehen, so werden sie die republikanischen Einrichtungen zerquetschen und auf den Trümmern das Ideal ihrer Träume, den monarchistischen Staat, errichten.

Die Preußenwahlen am 20. Februar haben die Hoffnungen der Deutschnationalen Partei nicht erfüllt. Zusammen mit der Deutschen Volkspartei hat die Rechte des Landtags zwar einen gewissen Stimmengewinn im Vergleich mit der Reichstagswahl erhalten. Aber dieser Zuwachs war nicht stark genug, eine Regierung, die sich etwa nur auf die beiden Rechtsparteien stützen konnte, zu ermöglichen. Die alte Koalition in Preußen blieb lebensfähig. Jedoch kam es nicht zu einer neuen Regierungsbildung auf der alten Grundlage, sondern das Zentrum schwante nach rechts ab. Das Ministerium Stegerwald entstand. Die beiden Rechtsparteien sind in diesem Ministerium formell nicht vertreten. Sie schickten ihre sogenannten unparteiischen Fachmänner vor, die drei Ministerposten besetzten (Kultur, Finanz und Landwirtschaft) während Zentrum und Demokraten je zwei Minister stellten.

Die Antrittsrede des Ministerpräsidenten Stegerwald zeigte dann recht deutlich, was von der neugebildeten Regierung zu erwarten ist. Außer ein paar allgemeinen Phrasen, aus denen nichts zu entnehmen war, legte sich Herr Stegerwald auf ein Programm fest, wie es den Wünschen der beiden Rechtsparteien entsprach. Diese ließen es denn auch nicht an Lobsprüchen fehlen; sowohl durch ihre Vertreter im Landtag als auch durch ihre Presse wurde das Ministerium Stegerwald der wärmsten Sympathie versichert, und aus dem letzten deutschnationalen Krähwinkel echote es, daß Preußen jetzt endlich das Ministerium habe, welches es brauche. Und in der Tat, die Regierung Stegerwald bemüht sich, die Erwartungen der beiden Rechtsparteien noch zu übertrumpfen. Sie rückt mit jedem Tage weiter nach rechts. Wenn sie heute noch nicht in den breitesten Schichten des preußischen Volkes als eine ausgesprochen deutsch-nationale Parteiregierung erkannt worden ist, dann nur deshalb, weil die angeblich sachmännische Zusammenfassung ihre eigentliche Herkunft verhüllt.

Preußen hat nach dem Kapp-Putsch ein paar schwache Ansätze einer freier gestaltung der inneren Verwaltung gesehen. Heute ist es auf dem besten Wege, dieser Ansätze wieder verlustig zu gehen. Das Ministerium des Innern, also das Verwaltungs- und Polizeiwesen, liegt in den Händen des bekannten Oberbürgermeisters Dominicus. Der Herr ist seines Zeichens ein Demokrat. Bei der Regierungsbildung wollte das den beiden Rechtsparteien nicht recht in den Kram passen. Sie wußten, daß das Innenministerium für ihre Politik das wichtigste ist, sie hatten eine Scheu vor dem Wort Demokrat und schickten deshalb eine Deputation vor, die Herrn Stegerwald eine Art Ultimatum überbrachte, Dominicus dürfe unter keinen Umständen das Innenministerium bekommen, dieser wichtige Posten dürfe überhaupt nicht von einem Demokraten besetzt werden, gleichviel wie er auch heiße. Dieser Wunsch wurde nun zwar nicht erfüllt, aber heute werden auch die Rechtsparteien eingesehen haben, daß sie einen besseren Vertreter als diesen Dominicus gar nicht finden können. Der Regen ihrer anfänglichen Angriffe hat denn auch aufgehört. Die Sonne der Reaktion überstrahlt heute auch das preußische Innenministerium.

Sehr deutlich hat sich das bei den Beratungen über den Etat des Innenministeriums im Hauptausschuss des preußischen Landtags gezeigt. Die Vertreter der Rechtsparteien hatten an der Politik des Herrn Dominicus nichts auszusprechen. Die paar Wochen seines Wirkens haben eine strafte Militarisierung des Polizeiwesens, eine Entziehung der unteren Schupoämtern, eine Bevorzugung des Offizierkorps und einen deutlich nach rechts gerichteten Kurs in der inneren Verwaltung gebracht, der vor allem in dem Antikommunistenerlass eine Art Krönung fand. Die Zufriedenheit der Rechtsparteien mit diesem Innenminister äußerte sich dann auch darin, daß sie alle ihre Angriffe gegen die frühere Ministerkaste Severings konzentrierten. Es schien manchmal so, als ob sich nicht das Ministerium Stegerwald-Dominicus, sondern das alte Ministerium Braun-Severing zu verantworten hätte. Die Angriffe gegen das „System Severing“ hatten eben nur den Zweck, Herrn Dominicus den Weg zu weisen, was ja auch restlos erreicht worden ist. Die Rechtsparteien haben diesen Minister in der Tasche.

Die Situation in Preußen ist also so, daß das Staatschiff bei starkem Winde nach rechts segelt. Die Gefahr, die

Der Friede mit Amerika

Der 4. Juli war der Nationalfeiertag der Vereinigten Staaten, und an diesem Tage sollte der Präsident nach einer Meldung des „New York Herald“ eine Proklamation an das amerikanische Volk richten, in der ausdrücklich die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit den Mittelmächten festgelegt wurde. Ob diese Proklamation gestern tatsächlich ergangen ist, steht noch nicht fest, aber an der Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist nicht mehr zu zweifeln. An den tatsächlichen und politischen Verhältnissen wird sich freilich vorab nicht viel ändern; denn auch ohne den formellen Friedensschluß bestanden schon lebhaft Beziehungen zwischen beiden Staaten, die nunmehr lediglich offiziellen Charakter bekommen werden. Es ist anzunehmen, daß jetzt ein Sonderfriedens-Vertrag abgeschlossen werden wird, der sich eng an den Versailler Vertrag anschließt, in einigen Einzelheiten aber den amerikanischen Wünschen Rechnung tragen dürfte. Daß die Regierung der Vereinigten Staaten bei dieser Gelegenheit die Interessen der bisherigen Alliierten vernachlässigen und eine Revision des Versailler Vertrages beginnen würde, darf nicht erwartet werden. Die amerikanische Regierung wird lediglich ihre eigenen Bedürfnisse zu schützen suchen, und das sind die Bedürfnisse des amerikanischen Kapitals.

Eine weitere Folge des formellen Friedensschlusses dürfte der Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages sein, der erst die Grundlage für eine großzügige Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern herstellen kann. Es ist bekannt, daß einflußreiche kapitalistische Kreise in den Vereinigten Staaten Warenkredite in riesenhaftem Umfang nach Deutschland legen wollen. Insbesondere handelt es sich um die Lieferung großer Mengen von Baumwolle an die deutsche Textilindustrie. Aber auch für andere Rohstoffe sucht das amerikanische Kapital Abfah in Deutschland, und es geht dabei in keinen Kreditanerbietungen weit über das Maß hinaus, daß das deutsche Kapital innehalten will. Auch hierbei spielen natürlich die eigenen Interessen Amerikas die Hauptrolle. Die Weltkrise hat die Produktion der Vereinigten Staaten zuerst und am heftigsten getroffen. Sie kann nur behoben werden, wenn Mitteleuropa wieder konsumfähig und damit Großabnehmer sowohl für Rohstoffe, wie für Fertigprodukte wird.

Es ist selbstverständlich, daß die Wiederherstellung des Friedens mit den Vereinigten Staaten, daß die völlige Wiederaufnahme zwischen Deutschland und Amerika nicht ohne Einfluß auf die gesamte Außenwirtschaft und Außenpolitik Deutschlands bleiben kann. Wenn man sich auch keinen übertriebenen Hoffnungen darüber hinzugeben braucht, daß nunmehr die schwierigste Zeit endgültig überwunden sei, so darf doch zugegeben werden, daß die Regierung Wirth die Herstellung des deutsch-amerikanischen Friedens als einen Aktposten für sich in Anspruch nehmen kann. Welchen Gewinn das deutsche Proletariat aus der jetzt geschaffenen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage ziehen wird, das wird abhängen von dem Maße seiner Einsicht in die sozialen Zusammenhänge und von dem Stärkegrad, in dem es den Kampf um seine Selbstbefreiung zu führen entschlossen sein wird.

Skandalbavarn

Die „Freiheit“ in Schwaben und Neuburg verboten

Aus dem Reich Kahr ist uns folgender Ukas gekommen:

Nr. 1193 St.

In den Verlag der Berliner Tageszeitung „Freiheit“. Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg erläßt für den Bereich dieses Regierungsbezirks auf Grund der Bestimmungen des Gesamtstaatsministeriums des Freistaates Bayern vom 4. 11. 1919 und 8. 4. 1920, die Aufhebung des Kriegszustandes und vorläufige Maßnahmen nach Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung betreffend, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit, folgende Anordnung: 1. Der Vertrieb, die Verbreitung und die Verteilung der Berliner Tageszeitung „Freiheit“ wird mit sofortiger Wirksamkeit verboten. 2. Die Oberpostdirektion Augsburg wird veranlaßt, alle bei den Postanstalten ankommenden Stücke der verbotenen Zeitung den Adressaten vorzuenthalten und dem Staatskommissar in Augsburg einzuliefern.

Gründe:

Die Tageszeitung „Freiheit“ hat die Ermordung des bairischen Landtagsabgeordneten Gareis zum Anlaß einer maßlosen Hege gegen die bairische Regierung benützt. Insbesondere wurde die bairische Regierung der Mitschuld an dem Mord bezichtigt und gesagt, daß dem Münchener Polizeipräsidenten für die völlige Demoralisierung und Verrattung der Zustände die Hauptschuld treffe. In einem „Die Mörderzentrale Bayern“ überschriebenen Artikel der Nr. 268 der „Freiheit“ wurde laut dem Sühne des Nordens an Gareis gerufen und gefordert, daß Kahr fort und der Polizeipräsident wegen Begünstigung vor Gericht gestellt werden müsse.

Diese Sprache ist in höchstem Maße geeignet, die Schwierigkeiten in Bayern zu vermehren und die Massen noch weiter zu verhetzen. Hierdurch wird die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit ganz erheblich gefährdet.

Gegen das Verbot steht dem Verlag jederzeit das Recht der Beschwerde zu. Die Beschwerde ist beim Beschwerdegericht desjenigen Landgerichts anzubringen, in dessen Bezirk die Zeitung verbreitet wurde.

Augsburg, den 30. Juni 1921. Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg. Unterschrift unleserlich.

Spät kommt ihr, doch ihr kommt! In München hat man prompter gearbeitet, in Augsburg geht das langsam. Aber es geht, und bald wird die „Freiheit“ in ganz Bayern verboten sein. Das wird die bairische Regierung und die bairischen Zeitungen nicht abhalten, ein großes Geschrei zu erheben, so oft die Franzosen im besetzten Gebiet eine deutsche Zeitung verbieten.

Was nun die Beschwerde anlangt, so fällt es uns natürlich nicht ein, auch nur die Kosten einer Briefmarke dranzuwenden. Wir haben das unbegrenzte Vertrauen zur bairischen Justiz, daß sie staatsverhaltend, den Kaiserstaat erhaltend, ist. Aber die Reichsregierung möchten wir denn doch fragen, wie lange denn der bairische Skandal eigentlich noch dauern soll. Es ist doch wirklich nachgerade eine Schande, daß sich das übrige Deutschland es gefallen lassen muß, in Bayern als Ausland behandelt zu werden, es ist eine Schande, daß die Reichsregierung sich noch immer nicht getraut, den Ausnahmezustand zu beseitigen, daß sie Bayern als ein von der Reaktion besetztes Gebiet ansieht, vor dem sie ängstlich Haft machen muß.

Der Kriegsverbrecherprozess

General Stenger und Major Crusius vor dem Reichsgericht

In der Verhandlung am Montag wird zunächst Hauptmann Voigt, der sich nachträglich gemeldet hat, vernommen. Er hat als Ordnungsoffizier an der Schlacht bei Saarbürg teilgenommen und dabei festgestellt, daß aus einem Kornfeld einzelne Franzosen, die sich tot gestellt hatten, unsere Truppen von hinten beschossen. Ingenieur Brühls, der die zweite Kompanie führte, war viel mit Crusius zusammen. Crusius sei bereits am Mittag des 20. August sehr niedergeschlagen gewesen; der Angeklagte habe die Vorstellung gehabt, daß er fallen werde. Ein Befehl, seinen Parolen zu geben, hat ihn, den Zeugen, nicht erreicht.

Generalmajor Neubauer äußert sich hierauf über den gefallenen Major Müller. Dieser sei sehr still gewesen und konnte schwer zu einem Entschluß kommen. Der Sohn Müllers wurde in der Schlacht bei Saarbürg schwer verwundet. Die Nachricht hiervon erreichte Major Müller am 24. August, und es sei wohl möglich, daß Müller hierdurch den klaren Verstand verloren habe.

Der Sachverständige Dr. Sernau, Leiter der Irrenanstalt Litten bei Hannover, der den Geisteszustand des Angeklagten Crusius geprüft hat, gibt auf Grund der Zeugenaussagen und auf Grund seiner früheren Erfahrungen mit Crusius seine Ansicht dahin aus, daß der Angeklagte eine psychisch abnorme Persönlichkeit ist, Crusius sei aber nicht als im allgemeinen geisteskrank zu bezeichnen. Vom ärztlichen Standpunkte aus habe Crusius nicht schuldhaft gehandelt.

indem er den angeblichen Befehl falsch aufnahm und weitergab, ohne die Völkerrechtswidrigkeit des Befehls zu erkennen. Auch bei Ausführung des angeblichen Befehls trifft Crusius nach der Meinung Dr. Sernaus keine Schuld, da er autokratisch handelte.

Geheimrat Professor Dr. Bumke-Leipzig als Sachverständiger nimmt für den Nachmittag des 26. August Unzurechnungsfähigkeit an.

Der militärische Sachverständige, General der Infanterie a. D. Ruhl, führt aus: Die Bestimmung der Haager Landkriegsordnung, ein Wehrgesetz, der die Waffen gestrichelt habe, solle nicht getötet werden, sei nur als Richtlinie anzusehen. Abweichungen davon müßten als zulässig betrachtet werden, wenn die Erhaltung der eigenen Truppe in Frage komme und die Erreichung des Friedenszweckes anders nicht zu ermöglichen ist. Nach seiner Überzeugung kann es im äußersten Notfalle wohl vorkommen,

daß Verwundete getötet werden müssen,

weil man sie aus irgendwelchen Gründen nicht wegschaffen, nicht entwaffnen, aber auch nicht im Rücken der kämpfenden Truppe lassen könne. Ein allgemeiner Befehl zur Tötung Verwundeter sei natürlich unzulässig. Am 21. August hat nach der Auffassung des Sachverständigen General Stenger seinen bestimmten Befehl gegeben, sondern nur allgemeine Verfügungen getan. Daß zwei Offiziere (Müller und Crusius) diese Verfügungen als Befehl aufgefaßt haben, kann der Sachverständige nur in ihrer Erregung zurechnen. Was das schwere Verbrechen am 26. August anbetrifft, so sei General Stenger zweifellos berechtigt, ja sogar verpflichtet gewesen, die erforderlichen Anweisungen zu geben, also auch die, keine Gefangenen zu machen, oder wie seine Worte sonst gedeutet haben sollen. Keineswegs habe General Stenger damit die Anordnung geben wollen, bereits gemachte Gefangene zu töten.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Anklagerede

Nach der Pause ergreift der Oberreichsanwalt das Wort zur Anklagerede: Die Zeugenaussagen stehen sich diametral gegenüber. Dem General Stenger wird von der Entente vorgeworfen, die fraglichen Befehle am 21. und 26. August gegeben zu haben. Am 21. August soll er befohlen haben, alle auf dem Schlachtfeld liegenden Verwundeten zu erschließen. Der Oberreichsanwalt ist fest überzeugt davon, daß der Angeklagte Stenger einen solchen Befehl nicht gegeben hat. Gestützt wird die Behauptung der Entente lediglich durch die Aussage des Angeklagten Crusius, während eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen bezeugen, daß Stenger den Befehl nicht erteilt hat. Der Oberreichsanwalt ist der Überzeugung, daß Stenger den Mut haben würde, zu bezeugen, daß die Behauptung des Angeklagten Crusius ist als objektiv falsch anzusehen. Die Äußerung, daß solche Leute, die hinterlistig vom Hinten schießen, über den Haufen geschossen werden müssen, ist durchaus begründet und berechtigt. Der Angeklagte Crusius hat am 21. August den angeblichen Befehl weitergegeben und bei seiner Ausführung mitgewirkt. Er war nach der Auffassung des Oberreichsanwalts tatsächlich der Meinung, einen solchen Befehl von Stenger erhalten zu haben. Infolgedessen sind tatsächlich auch eine Anzahl Verwundete erschossen worden. War der Befehl rechtmäßig, so war der Ausführung gebunden, ihn auszuführen, sofern er nicht davon überzeugt war, daß der Befehl verwerflich war.

Der Strafantrag gegen Crusius

Zur Strafbarkeit gehört aber auch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Die Frage, ob Crusius am 21. August dieses Bewußtsein gehabt haben muß, ist zu bejahen, weil der Befehl so ungewöhnlich war, daß selbst einfache Soldaten sich weigerten, ihn auszuführen. Es kommt § 116 des Militärstrafgesetzbuches in Betracht, wonach ein Vorgesetzter zu bestrafen ist, der es unternimmt, unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt einen Untergebenen zur Begehung eines Verbrechens zu bestimmen. Hinsichtlich des 26. Augusts ist General Stenger gleichfalls zu glauben, daß er einen Befehl, daß Gefangene nicht gemacht werden dürfen, nicht erteilt hat. Was die dem Angeklagten Crusius für den 26. August vorgeworfenen Handlungen betrifft, so kann der Oberreichsanwalt gegenüber den ärztlichen Gutachten nicht annehmen, daß Crusius an diesem Tage zurechnungsfähig war. Er war damals tatsächlich seiner Sinne nicht mächtig, daher sei er nur für die Handlungen am 21. August zu verurteilen. In der Urkunde ist erdenklich, daß Crusius ihm wohl nicht verlagert werden. Andererseits sind die Folgen so schwer gewesen, daß eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis beantragt werden muß.

Reichsanwalt Dr. Fihau, Verteidiger des Angeklagten Crusius, hebt hervor, daß es doch einen eigenartigen Eindruck mache, wenn ein Mann, der alles daran gesetzt habe, kein Vaterland zu verteidigen, mit gewöhnlichen Verbrechern auf eine Stufe gestellt werde. Andererseits müßte es wie ein Hohn an, wenn im Namen des überall durchgeführten Völkerrechts derartige Anklagen erhoben werden. Es sei leichter, für die Kriegführung Postulats der Menschlichkeit aufzustellen, als sie in der Praxis durchzuführen.

Der Verteidiger des Generals Stenger, Dr. Vents-Bremen, erwähnt General Stenger sei ein Mann von allerersten Qualitäten, und einem solchen Manne mache man den Vorwurf des unerhörtesten Bruches des Völkerrechts. Seinem Klienten liege nichts daran, wegen Mangels an Beweisen freigesprochen zu werden, sondern er hoffe bestimmt, daß das Gericht seine volle Unschuld feststellen werde.

Das Urteil wird am Mittwoch, 3 Uhr nachmittags, verkündet werden.

Das neue italienische Kabinett hat noch einige Veränderungen erfahren. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorkrieg, Inneres und bis auf weiteres Außenminister Bonomi, Kolonien Girardini, Justiz Robino, Finanzen Soleri, Schatz Denapa, Krieg Casparotto, Marine Bergamasco, Kultus Corbina, Öffentliche Arbeiten Ricci, Landwirtschaft Mauri, Industrie und Handel Belotti, Arbeit und soziale Fürsorge Beneduce, Post und Telegraph Giuffrida, befreite Gebiete Raineri. Sonami wird das Ministerium des Auswärtigen bis zum Eintreffen der Antwort des Marquis della Torreita führen, der sich zur Zeit im Auslande befindet.

Bedürftigkeit verteilt werden. Der A. D. G. B. habe also, schreibt der Genosse Graumann, eine ausreichende Kontrolle über die Verteilung und Verwendung der eingehenden Gelder.

Das alles ist sehr zu begrüßen, aber wir sind dennoch der Meinung, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn die deutschen Gewerkschaften eine eigene Sammlung veranstalten hätten, sowie es der A. D. G. B. tut, der, ganz in dem Sinne unserer Notiz vom Sonnabend, eine solche Sammlung eingeleitet hat.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet

Ueber die Verkehrslage im Ruhrgebiet wird mitgeteilt: Der Eisenbahnverkehr und die Wagenstellung zeigten in der vergangenen Woche ein ähnliches Bild wie in der vorigen Woche. Bei mäßig starkem Güterverkehr wickelte sich der Betrieb glatt ab, nur die Kohletransporte nach Ehrsang liefen sehr unregelmäßig infolge schwankender Abnahme durch die fremde Verwaltung. Für Kohlen, Koks und Brekette wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt 20 462 Wagen (gerechnet je 10 To.) angefordert und gestellt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsstellung 20 799 Wagen. Die Brennstofflagerbestände beliefen sich am 25. Juni auf 219 849 To. Der Rheinwasserstand neigt nach einigen Schwankungen der Vorwoche eher zum Fallen als zum Steigen. Die Rippelreife in den Duisburg-Ruhrort-Häfen ging weiterhin von 24 080 auf 22 875 Tonnen merklich zurück, während der Brennstoffumschlag in den Kanälen der Jochenhäfen von 23 789 auf 23 002 To. zunahm.

Die Mordjustiz in Lettland

Von einem lettischen Genossen wird uns geschrieben: Der lettische demokratische Staat hält es seiner für würdig, sich der Militärstrafjustiz des zaristischen Rußlands zu bedienen. Kriegsgerichte sind es, ganz wie sie Rußland unter dem Zaren Nikolaus kannte, sogar schlimmer, Feldkriegsgerichte. Da wird kurzer Prozeß gemacht: Ohne Verteidiger, ohne Anklageschrift, unter Ausschluß jedweder Öffentlichkeit, ohne Berufung, einfach hingemordet. Hinterher nur eine kurze Notiz in der Zeitung: R. ist vom Feldkriegsgericht zum Tode verurteilt; die Todesstrafe ist bereits vollstreckt. So wird der Kampf nicht nur gegen politische Gegner geführt, auch Kriminalgefangene unterliegen diesem beschleunigten Justizverfahren.

Hast auf gleicher Stufe steht der Anflug der Kriegsgerichte. Friede herrscht an allen Grenzen; das Heer ist demobilisiert, und die Blutzungen der Leutnants sitzen zu Gericht über Menschenleben und fällen Todesurteile. Hier helfen auch nicht rechtliche Garantien, die die prozeduralen Normen der Kriegsgerichte vorsehen. Verdienen denn die ordentlichen Richter wirklich nicht das Vertrauen der demokratischen Regierung? Schwurgerichte gibt es ja ebensowenig, wie bedingter Straußschuß oder Jugendgerichte. Eine Gefahr zu milder Beurteilung politischer und krimineller Verbrechen liegt scheinbar nicht vor. Weshalb nun Kriegsgerichte? Die Antwort dürfte lauten: Kritische Uebernahme zaristischer Einrichtungen, die bereits von der provisorischen Regierung in Rußland abgeschafft waren, unbegründete Angstmeierei, Furcht vor der Öffentlichkeit und vor rechtlichen Garantien.

Der Prozeß des Genossen Abraham Braun spiegelt die Unmöglichkeit der lettischen Justizverhältnisse grell wieder. Kaum aus Rußland zurückgekehrt, dem er mit größter Mühe entkam, fast seit zwei Jahrzehnten Sozialdemokrat, dem jüdischen „Bund“ angeschlossen — wird er vor Gericht gestellt unter der Anklage, in einer Versammlung kommunistische Proklamationen verbreitet zu haben. Die Widerwilligkeit der Anklage liegt auf der Hand. Genosse Braun, mit knapper Not vom Bliesfelder revolutionären Tribunal nach vierjähriger Verhandlung von der Anklage, kommunistische Kommunisten verleumdete zu haben, freigesprochen, konnte selbstverständlich nicht dazu kommen, kommunistische Proklamationen zu verbreiten. Den widersprechenden Zeugenaussagen, zum Teil bezahlter Agenten, standen die strengsten Behauptungen angesehenen rigauer Genossen, sogar Mitgliedern der konstituierenden Versammlung entgegen. Genosse Braun war mit denselben in die Versammlung gekommen und hatte sie mit ihnen auch verlassen. Man mußte jedoch den politischen Feind feststellen. Das Kriegsgericht erkannte auf Todesstrafe. Und dieses konnte geschehen, obgleich Genosse Braun aus der Untersuchungshaft gegen Kaution entlassen war.

Noch ist es nicht zu spät. Das Oberkriegsgericht kann das Urteil einer Revision unterziehen. Das Urteil, ein unbedingtes Justizirrtum, muß rückgängig gemacht werden.

Die lettische demokratische Regierung hat in ihrer Mitte einen Sozialdemokraten als Justizminister. Hält er für möglich, einer Regierung anzugehören, die stummstehend seinen engeren Parteigenossen zum Tode verurteilen läßt für eine Tat, die er nicht begangen hat? Hält es der Justizminister Genosse Holzmann überhaupt für richtig, daß außerordentliche Gerichte, sei es in Form von Kriegsgerichten oder Feldkriegsgerichten, in politischen und kriminellen Sachen zu urteilen berufen sind? Darf die Todesstrafe als politisches Kampfmittel, gleich, ob gegen Kommunisten oder sonstige politische Gegner, in Anspruch genommen werden? Ist es nicht an der Zeit, das ganze Justizverfahren einer gründlichen Revision zu unterziehen? Es klingt wie Hohn, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei zur Verantwortung gezogen ist, dafür, daß es gegen das Urteil im Prozeß Braun Protest erhoben hat. Der Ausgang dieser Angelegenheit muß zeigen, ob die Mordjustiz in Lettland allmächtig bleibt, oder ob der einmütige Protest der Arbeiterklasse in Lettland und im Auslande endlich mit diesem abcheulichen Ueberbleibsel des Zarisismus aufräumt.

Vollzählung in Frankreich. Das Ergebnis der Volkszählung vom 6. März hat, wie die Havas-Agentur mitteilt, ergeben, daß die Bevölkerung von Frankreich mit Ausschluß der Kolonien und Elsass-Lothringen 38 084 206 Einwohner beträgt, gegen 38 488 813 im Jahre 1911. Mithin beträgt nicht die außerhalb Frankreichs dienstanten Soldaten. Das neue Ergebnis der Volkszählung hat zur Folge, daß die Zahl der Abgeordneten der Kammer von 626 auf 530 herabgesetzt wird.

Frauenwahlrecht in Rumänien. Der rumänische Senat hat das Gesetz angenommen, welches das obligatorische Stimmrecht der Frauen bei den Gemeindegewahlen bestimmt. Der von der Regierung unterstützte Vorschlag wurde auch von der Oppositionspartei angenommen.

Eine amtliche japanische Erklärung über das englisch-japanische Bündnis. Der japanische Vorkämpfer hat die offizielle Erklärung abgegeben, daß das britisch-japanische Bündnis nie a merika nisch gewesen sei, noch auch nur eine Verteidigungsmassnahme gegenüber den Vereinigten Staaten dargestellt hätte.

Militärrentenverrechnung. Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurde ein Gesetzentwurf beraten betr. Gleichstellung der Militärrentner mit den Kriegsrentenempfängern. Die Militärrentner sollen künftig dem Reichsrentenverrechnungsgesetz unterstellt werden, soweit die bisher auf sie zur Anwendung gekommenen Gesetze nicht günstiger sind. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1921 ab.

Verabschiedung der Dienstzeit in Belgien. Die belgische Heereskommission hat mit 10 gegen 5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, einen Gesetzentwurf angenommen, der für die Infanterietruppen der Jahrgänge 1920, 1921 und 1922 die Dienstzeit auf 10 Monate festsetzt.

sch daraus ergibt, muß endlich im vollsten Maße erkannt werden. Sehr charakteristisch für die neue Situation in Preußen ist es, daß ein „gut informierter Politiker“ der Demokratischen Partei sich gezwungen sieht, in der „Frankfurter Zeitung“ mahnend seine Stimme zu erheben und vor einer Wiederkehr des schwarz-blauen Bloks zu warnen, dem durch die jegliche Haltung der Demokratischen Partei geradezu die Wege geebnet würden. Regierungsloalitionen, so heißt es in dem Artikel, sei bereits dieser alte schwarz-blaue Bloß, den man nur durch Einbeziehung der Demokratischen Fraktion schmählicher gemacht habe, und der durch die gemeinsame Abneigung gegen die Sozialdemokratie und gegen die Demokratisierung in der Verwaltung zusammengehalten werde. Preußen, noch vor wenigen Monaten Vorkämpfer der Demokratisierung, suche jetzt auch die demokratische Reichspolitik nach rechts zu ziehen. Weiter heißt es dann:

Wenn die Deutsche Demokratische Partei sich für lebensfähig hält, wenn sie, anstatt immer mehr und mehr in die Rolle eines Annexes der Deutschen Volkspartei herabzusinken, den Mut und den Willen hat, all die republikanisch und freiheitlich gesinnten bürgerlichen Elemente an sich zu sammeln, denen nicht wirkliche oder vermeintliche Steuerinteressen das Kriterium und das Leitmotiv ihrer Politik sind, sondern denen die Gedankenwelt der Demokratie und die Durchsetzung der Republik über alles geht, so muß sie sich mit aller Macht gegen diese uns drohende Entwicklung der Herrschaft des schwarz-blauen Bloks in Preußen und im Reich stemmen. Sie darf dann einfach nicht durch Mitarbeit in den Regierungen dazu beitragen, eine Konstellation zu schaffen, die leichten Herzens, gestützt auf ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit, auf die Sozialdemokratie verzichten kann, sondern sie muß die Legende zerbrechen, als ob der schwarz-blaue Bloß jemals eine Sammlung des gesamten Bürgertums gegen die Sozialdemokratie bedeuten könne und dürfe.

Das „Berliner Tageblatt“ hält diese Warnung für durchaus nützlich und sagt, die Steuerpolitik, die heute manche Köpfe in der Demokratischen Fraktion ganz beherrschte, sei gewiß wichtig, aber nicht das einzig Wichtige. Die demokratische Partei könne nur lebensfähig bleiben, wenn sie noch andere Ideen, vor allem die Demokratisierung der Geister und des ganzen Staatswesens in den Vordergrund zu stellen und zu verwirklichen wüßte. In der Demokratischen Fraktion des preussischen Landtags herrscht, wie auch dem „Tageblatt“ bekannt sein wird, dieser Geist nicht vor. Die Furcht vor der Deutschen Volkspartei ist das einzige Lebenselement dieser ganzen Fraktion.

Von den Demokraten eine andere Haltung zu erwarten, ist bei der ganzen Sachlage so gut wie ausgeschlossen. Der schwarz-blaue Bloß kann sich verewigen, wenn nicht andere Machtfaktoren in die Waagschale geworfen werden. Es wäre auch überflüssig, Kombinationen über die Verteilung der Parlamentsmandate und die Möglichkeit einer neuen linksgerichteten Koalition anzustellen. Das Grundübel ist in der in sich geschlossenen Reaktion und in der in sich gespaltenen Arbeiterklasse zu suchen. Die eigentlichen Machtfaktoren, die gegen den schwarz-blauen Bloß mobilisiert werden müssen, liegen außerhalb des Parlaments. Ihre Mobilisierung setzt allerdings die Erkenntnis in der gesamten Arbeiterbewegung voraus, daß nur eine unabhängige Klassenkampfstrategie zum Ziel führen kann. Die Rechtssozialisten werden hoffentlich nicht zu spät zu der Erkenntnis kommen, daß die Politik des dauernden Parteilagens letzten Endes nur der Reaktion dient und die Arbeiterklasse von ihren eigentlichen Aufgaben ablenkt, sie kampfunfähig macht.

Preußen, von jeher der Hort der Reaktion, ist auf dem besten Wege, wiederum eine deutschnationale Parteidomäne zu werden, in der nicht das Volk, sondern der Junker regiert. Die Rückwirkung auf die Reichspolitik beleuchtet blühartig die Gefahr, die aus einem reaktionären Preußen der Republik und damit der Arbeiterklasse erwachsen müssen. Gegen diese Gefahr gilt es alle Kräfte zu mobilisieren, innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Schiffer und Jagow

Die Unabhängige Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Der Justizminister Schiffer hat bei Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zum Fall Jagow Erklärungen abgegeben, welche zu den Erklärungen des Herrn von Jagow in Widerspruch stehen.

Die Gerichtsbehörden verjagen gegenüber Herrn von Jagow wie gegenüber all den anderen Männern, die sich beim Rapp-Bau des Hochverrats schuldig gemacht haben.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Hochverratsprozesse und die Haftbefehle gegen Traugott von Jagow und die übrigen Rappisten rücksichtslos zur Durchführung zu bringen.

Oberschlesien

Die Räumung macht Fortschritte

Dr. Oppeln, 4. Juli.

Wie der ober-schlesische Korrespondent der „Dena“ erzählt, macht die Räumung der durch die Polen besetzten Gebiete überall Fortschritte. In vielen Orten kam es jedoch zu bedauerlichen Zwischenfällen. Polnische Insurgenten verschleppten Deutsche, so in Lipine und Friedenshütte. Gleichfalls verschleppt wurde der Redakteur der „Ostdeutschen Morgenpost“, Fischer. Er wurde in Königshütte von Insurgenten verhaftet und nach Schoppin gebracht. In Kattowitz und Gleiwitz treffen immer noch Flüchtlinge ein. Am 3. Juli kamen etwa 100 Flüchtlinge aus Friedenshütte, die ihren Heimatsort verlassen mußten, da die Insurgenten sich Ausschreitungen gegen die Deutschen zu Schulden kommen ließen. Die Insurgenten drohen an vielen Orten mit baldiger Rückkehr, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht zugunsten Polens ausfällt. In Laband machen die Insurgenten noch keine Pläne, den Ort zu räumen. Die Fernsprechverbindung zwischen Oppeln und Gleiwitz ist endlich wieder hergestellt. Außerdem hat Gleiwitz Verbindung mit den Insurgenten Königshütte, Kattowitz, Hindenburg, Anaurow, Nikolski, Beistrzescham. Der Zugverkehr wird von Oppeln bis Nikolski durchgehend. Am Sonntag kam es jedoch auf der Strecke von Gleiwitz nach Kattowitz und Gleiwitz nach Anbnitz zu Störungen, da die Züge von Banden angehalten, durchsucht und ausgeplündert wurden. Am 3. Juli abends wurde ein Zug von Kattowitz nach Anbnitz in Summin angehalten und geplündert. Der Zug mußte wieder zurückfahren.

Hilfe für Oberschlesien

In unserer Notiz, die wir in der Morgenausgabe vom Sonnabend unter dieser Ueberschrift veröffentlichten, teilt uns der Genosse Graumann in einer Zuschrift mit, daß in der Zentralstelle des Oberschlesischer-Hilfswerks ein Vertrauensmann des A. D. G. B. Sitz und Stimme hat, und daß auch in den örtlichen Verteilungsstellen Oberschlesiens Vertrauenspersonen aus den Ortsausschüssen des A. D. G. B. vorgezogen sind. Somit sei die Gewähr gegeben, daß die gesammelten Gelder unparteiisch und lediglich im Hinblick auf die vorhandene

Zustizmorde bei der Marine im Jahre 1917

300 Millionen für entlassene Reichswehrangehörige

Deutscher Reichstag

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min. Ein Gesetzentwurf, der für die aus Elsass-Lothringen verdrängten Landesbeamten bis zu ihrer Wiedereinstellung die Einreihung in eine besondere Besoldungsklasse vorsieht, wird der Ausschussberatung überwiegen. Der Entwurf betreffend die Umwidlung von Kriegsgesellschaften wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso der Gesetzentwurf betreffend Uebertragung der Wasserstrassen von den Ländern auf das Reich.

Nachtragsetat der Marine

Abg. Kahnt (U. S. P.): Die Marine hat absolut keine Existenzberechtigung mehr. Das haben selbst Marine-Sachverständige zugegeben. Das letzte selbst der deutsch-nationale Abgeordnete Oberführer in diesem Jahre von dieser Stelle aus dar, daß weite Kreise der Auffassung sind, daß die Marine abzurufen ist, und er fügte hinzu: Diese Auffassung wird auch in national-ökonomisch geformten Kreisen vertreten. Trotzdem müssen wir feststellen, daß die Ansprüche der Marineverwaltung unabwärend geradezu anmaßend groß sind. Man beruft sich auf die Notwendigkeit des Küstenschutzes. Aber auch in dieser Beziehung ist schon im Jahre 1886 vom damaligen Chef der Admiralität v. Stöck und im März 1897 vom Staatssekretär Hollmann dargelegt worden, zum Küstenschutz brauche man keine Marine, denn diese schütze sich selbst. Können aber die wenigen Kriegsschiffe irgendwelche Aufgaben nicht erfüllen, so hat auch die Marine kein Betätigungsfeld. Wenn, wie man es darzustellen beliebt, die Marine als Polizeimarine herangezogen werden sollte, wie würde die Marine, die trotz der Debatten im Reichstage heute noch die schwarz-weiß-rote Flagge führt, die also

selbst gegen die Verfassung verstößt, derartige Aufgaben erfüllen? Geradezu anmaßend sind die Forderungen, die der Etat enthält. Die Garnisonverwaltung fordert 116 860 000 M. Nach den Ermittlungen des Reichsfinanzministeriums beträgt der tatsächliche Bedarf 12 000 445 M. Demnach hat die Marineverwaltung 102 919 000 M. zuviel angefordert. Das ist geradezu ein Skandal. Denn das heißt doch nichts anderes, als daß den Herren der Wille abgeht, sich irgendwelche ernstliche Unterlagen zu beschaffen. Man versucht herauszuschlagen, was herauszuschlagen ist. Und leider wird nicht nur vom Zentrum und den Demokraten, sondern auch von dem rechtssozialistischen immer und immer wieder diesen Vorgängen Vorschub geleistet, indem man trübselig derartige anmaßende Forderungen bewilligt. Im Ausschuss fragte der rechtssozialistische Abgeordnete Siebel, warum Kiel völlig von Marinetruppen entblößt werde. Der Reichswehrminister Geßler suchte die Vermutung Siebels, daß politische Gründe dabei mitsprechen, zu zerstreuen, indem er bemerkte, daß solche keineswegs dazu beigetragen haben, Kiel von Marinetruppen zu entblößen. Aber ich habe hier eine Marine-Denkchrift, die das Gegenteil beweist. Darin wird zwar betont, daß die Marineanlagen in Kiel unangreifbar sind, aber zugleich erklärt man auch, daß Kiel jedenfalls in den nächsten Jahren von Truppen freigehalten werden müsse. An einer anderen Stelle heißt es:

die Besetzung Kiels sei in Rücksicht auf die tatsächliche Lage bei Unruhen nicht möglich.

An einer anderen Stelle wird auf die „Notwendigkeit“ hingewiesen, die Truppen von Zeit zu Zeit aus den Garnisonen herausnehmen zu lassen. Aus allen diesen und vielen anderen Stellen geht klar hervor, daß man aus politischen Gründen die Truppen aus Kiel herausgezogen hat.

Wenn man schon, weil die Revolution in Kiel seinerzeit einsetzte, glaubte, Kiel die Truppen entziehen zu müssen, warum ging man in der gleichen Weise nicht gegen Cuxhaven und andere Orte vor, wo doch auch Meutereien zu verzeichnen waren. In Cuxhaven wurden Angehörige der Entente-Militärkommission in dröselhafter Weise belästigt. Große Entschädigungen mußten für diese Ungehörigkeiten aus den Steuergeldern des deutschen Volkes gezahlt werden. Trotz dieser Vorgänge hören wir nichts davon, daß die Marineleitung in Cuxhaven eingegriffen hat. Der verantwortliche Fregatkapitän, Heinecke, ist nachträglich sogar noch befördert worden. Das muß geradezu provokatorisch gegenüber dem Auslande wirken. Die Bewachungsversuche im Ausschuss sind keineswegs haltbar. Daß es aber möglich ist, in solchen Situationen Gefahrdrohendes zu verhindern, habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Republik Oldenburg und Ostfriesland bemessen. Als in den ersten Wochen der Revolution die Entente-Kommission, die erste, nach Deutschland kam, forderte die englische Admiralität von dem Kommandeur der Offiziersstation den Schutz der Mitglieder der Kommission. Dem Gouverneur der englischen Abteilung wurde die Mitteilung, daß er sich an mich wenden möge, da ich für den Schutz aufzukommen hätte. Ich habe dem englischen Marineoffizier erklärt, daß ich die Garantie übernehme. Meine Mahnung bestand darin, daß ich nationalpolitisch persequierten Elemente nicht mit heranzog.

In der

Marineverwaltung werden 1300 Personen beschäftigt.

Für eine Marine mit sechs Linien Schiffen, sechs kleinen Kreuzern, einigen Torpedobooten und Torpedojagdbooten eine Verwaltung von 1300 Personen! Dabei noch die Stationen mit einem weiteren ausreichenden reichlichen Stabe in Wilhelmshaven und Kiel. Weiter die Flottenkommandeure mit einem ebenfalls überreichen Verwaltungspersonal. Wir haben in der Marine allein 87 Referenten im Range der Fregatten- und Korvettenkapitäne, weitere im Range des Kapitänleutnants. Für das eine Verwaltungsgebäude wird allein für Heizung eine Million angefordert. Fast in allen Kapiteln finden wir in den Nachtragsetats auch Mittel angefordert für nichtbeamtete Hilfskräfte. Ders ist doch ein Beweis, daß die Marine nicht selbst die Verwaltungsarbeiten leitet, trotz der vielen Kräfte. Wir kennen das System, wir kennen die „Arbeitsfreudigkeit“ innerhalb der Reichswehr wie in der Marine. Ich habe noch nie eine solche ausgeprägte Sinecuren-Wirtschaft kennen gelernt als gerade in der deutschen Marine. Ich habe die tauende Menschen bedauert, die es fertig gebracht haben, im Laufe der Kriegsjahre keine der Gesellschaft nützliche Arbeit zu leisten. Es wurden für Hilfskräfte im Jahr 1921 87 000 M. angefordert. Die Behörde versichert, es sollen in Zukunft 62 500 M. in Fortfall kommen. Jetzt müssen wir feststellen, daß man an Stelle der verbleibenden 3 000 M. 300 000 M. eingepreist hat. Ähnlich geht es in allen anderen Kapiteln. Dagegen erheben wir den schärfsten Protest. Die Ausgaben für Hilfskräfte fallen sicher zum großen Teil auf die Arbeiter, die nach den Versicherungen als Schreiber und Ordonanzen Dienst verrichten sollen. Wir haben

Über 3000 Musiker in Heer und Marine,

die aber weiter nichts tun, als musizieren. Dadurch machen sie den Berufsmusikern obendrein die größte Konkurrenz. Der Zentralverband der Berufsmusiker hat sich mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt. Der Reichswehrminister hat von dieser Stelle aus schon einmal Abhilfe versprochen (Reichswehrminister: Es ist auch schon geschehen!) Nein! (Reichswehrminister: Doch. Ich habe jedoch unten unterschrieben!) Der Herr Reichswehrminister erklärt also, er habe jedoch eine dahingehende Verfügung unterschrieben. (Reichswehrminister: Ich habe schon nichts Gutes geahnt!) Ich unterschreibe und hoffe, daß wir nunmehr aus den Kreisen der Berufsmusiker keine Beschwerden mehr bekommen.

Ein weiteres Kapitel. Für 1300 Mann werden 13 Juristen angefordert, also auf je tausend Mann einer. Wie groß müßte die Zahl der Juristen sein, wenn es ähnlich in der Polizeibehörde sein sollte. Die Zahl der Zugpferde hat man um 104 redu-

ziert, dafür die Zahl der Reitpferde für die Offiziere um 34 vermehrt, obwohl den Offizieren Autos zur Verfügung stehen, also für die Anschaffung von Reitpferden nicht der geringste Grund vorliegt. Mit demselben Rechte könnte man auch Reitpferde für die Schenkerstrassen des Reichstags anfordern. (Große Heiterkeit.) Weiter erleben wir aus dem Etat die Entlassung von 20 Desoffizierern und die Einstellung von 20 neuen Offizieren. Dazu aber möchte ich noch einmal die Anfrage stellen, die schon mein Parteifreund Künzler stellte, wie sieht es mit der

Abrechnung über das Postkassenabenteuer?

Wir erwarten, daß der Reichswehrminister dem nun wiederholt gestellten Ersuchen um Abrechnung nachkommt.

Nun zum Schluß noch eine andere Sache: Wir wissen, daß aus Anlaß einer sogenannten Meuterei im Jahre 1917 eine Anzahl Marinesoldaten zum Tode verurteilt wurden. In den Novemberberichten habe ich einen bürgerlichen Rechtsanwalt beauftragt, die Akten über diese Fälle zu beschlagnahmen und zu untersuchen. Eines Morgens meldete er mir, er habe aus den Akten vernommen, daß es sich nicht um ein Justizverbrechen, sondern um

glatte Justizmorde

gehandelt habe. Der Oberkriegsgerichtsrat habe dem Flottenchef von Scheer die Urteile mit dem Bemerkten vorgelegt, die Todesstrafen seien juristisch unhaltbar. Der Admiral Scheer habe erklärt, auch er erkenne, daß die Urteile juristisch unhaltbar seien, fügte jedoch hinzu: Trotzdem sollen sie vollstreckt werden. (Lebhafte Hört! Hört!) Es ist mir angeklagt worden, über diese Sache näheren Aufschluß zu bekommen. Bisher ist aber nichts geschehen. Und heute sind die Akten sicher nicht mehr da. Ich berufe mich auf den rechtssozialistischen Abgeordneten Wissell, der mit in meinem Zimmer war, als mir dieses berichtet wurde. Wir werden der Reichsmarine die Mittel verlangen. Sie ist

ein Instrument der Reaktion

wie sie es von jeher war. Ein Instrument, das man benutzen will, um die Begehren der Arbeiter niederzuknütteln. (Lebhafte Beifall bei den U. S. P.)

Hierauf wurde eine Anzahl Kapitel des Etats debattellos genehmigt.

Beim Kapitel über das Verste- und Sanitätswesen bemerkt Abg. Moses (U. S. P.): Bei der Marine sind 91 Verste für 1500 Mann angesetzt. Im Kriege hat man es als durchaus ausreichend erachtet, wenn aus 150 Verwendete 7 Verste kamen. Hier will man uns weismachen, daß für 150 ferngehende Leute ein Arzt noch zu knapp ist. Für 800 Kranke sind beinahe 100 Verste da. Das heißt,

für etwas mehr als 6 Kranke ein Arzt

Und da redet man fortgesetzt von Sparsamkeit. Wenn es sich um Militär und Marine handelt, gibt man mit vollen Händen, wenn es sich um Krankenpflege, Wochenhilfe, Bekämpfung der Kindersterblichkeit handelt, ist niemals Geld vorhanden. Wir protestieren auf das energischste dagegen.

Reichswehrminister Geßler: Die Bedürfnisfrage ist vom Reichsfinanzministerium nachgeprüft.

Hierauf wird der Nachtragsetat gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen.

Beim Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes stimmt der Reichstag einer Resolution des Ausschusses zu, nach der für 1922 den leitenden Beamten Gelder für Repräsentationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Zu einer weiteren Entschließung des Ausschusses, die

Zentrale für Heimatdienst

umgestaltet, führt

Abg. Frau Warm (U. S. P.): Wir können uns mit dem Antrag auf Umgestaltung der Zentrale nicht einverstanden erklären. Sie soll so umgestaltet werden, daß sie nicht einzelnen Parteien, sondern dem „Staatsganzem“ dient. Das ist doch inhaltlich nichts anderes, als daß sie arbeitet für die jeweiligen Regierungsparteien. Die Zentrale ist auch bei einer Umgestaltung weiter nichts als Dekoration. Aber sie beschäftigt die ungeheure Zahl von 35 000 Personen. Nun wurde gesagt, davon seien 3000 bis 4000 vermutlich Mitglieder der Unabhängigen Partei. Ich weiß aber, daß in der leitenden Stellung der Zentrale nicht eine einzige Person tätig ist, die unserer Partei angehört. Schon das zeigt, wie es um die Beteiligung der Unabhängigen steht. Wir haben aber feststellen müssen, daß gerade in den Tagen des Kapp-Putsch die Zentrale versagt hat. Da hat der Leiter Dr. Strahl erklärt, daß er sich neutral verhalten müsse. (Hört! Hört!) Diese „Parteilosigkeit“ ist in diesem Falle nichts anderes als

Parteilosigkeit für die Verfassungsbrecher.

Der jetzige Leiter hat für Oberschlesien einen besonderen „Heimatdienst“ eingerichtet. Der allgemeine „Dienst“ ist ihm noch nicht nationalpolitisch genug. In jedem Kreis hat ein Beamter, der im günstigsten Falle alle paar Monate einen Bericht bringt und im weiteren nichts tut, als die Gelder zu verbrauchen. Wir bitten Sie, unserem Antrag auf Auflösung der Zentrale für Heimatdienst zuzustimmen. (Beifall bei den U. S. P.)

Abg. Cremer (D. Sp.): Von 35 000 Angestellten der Zentrale sind 27 000 Mitglieder der mehrheitssozialistischen Partei. Entschuldig wie man Parteien der anderen Seiten ausgeschaltet hat, hat man auch Angehörige der Rechtsparteien nicht zugelassen.

Abg. Rumm (Din.): Im Kapp-Putsch hat die Zentrale für Heimatdienst uns als Mitschuldige an dem Putsch bezichtigt. Aber gegen diese Art Tätigkeit haben wir uns aus allerhöchster Not wenden. Wir sind für Auflösung. Wenn wir aber in der Minderheit bleiben sollten, werden wir versuchen, einen christlichen Waffenstillstand zu schließen, abseits wir große Zweifel haben, daß mit einer Umgestaltung eine Besserung geschaffen werden kann.

Abg. Sölmann (S. V. D.): Die Zentrale für Heimatdienst hat mancherlei positive Arbeit geleistet. Auch während des Kapp-Putches hat sie nach Möglichkeit Aufklärung verbreitet. Sie hat über eine Million Broschüren verteilt. Sie hat auch stets die Verbindung mit der Regierung aufrechterhalten. In leitender Stelle ist allerdings von den Unabhängigen nur der thüringische Landessekretär. Unter den 35 000 Vertrauensleuten befindet sich aber eine Anzahl von bewährten Anhängern der Unabhängigen Partei. Es sind nicht ausschließlich Beamte, sondern in großer Zahl Arbeiter, Lehrlinge usw. Wer mit verhindern will, daß die Zentrale für Heimatdienst ständig von dem Einfluß der Reaktionäre befreit bleibt, muß mit uns für den Antrag auf Umgestaltung stimmen.

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Herr Rumm ist von der Ansicht, daß überparteiliche Arbeit geleistet werden könne, völlig frei. Und wenn sich die Deutschenationalen jetzt mit der Umgestaltung abfinden, so nur aus der Hoffnung heraus, daß sie sich bald zur Unterdrückung ihrer Partei verwenden können. Sölmanns Ausführungen haben mich überrascht. Wie heute noch ein Sozialdemokrat von einem Staatsganzem reden, solches Staatsganzem für möglich halten kann, verstehe ich nicht. Jeder Sozialdemokrat sollte doch wissen, daß der heutige Staat ein Klassenstaat ist. Wir lehnen die Zentrale ab. Wir können es nicht billigen, daß die Steuergeldern im Interesse der Parteien, die in der Regierung sitzen, verwendet werden. Im übrigen erkläre ich, ein Unabhängiger Sozialdemokrat hat in der Zentrale für Heimatdienst nichts zu suchen, und wenn wirklich einer drin ist, wünschen wir, daß er schleunigst diese Stelle aufgibt. (Beifall bei den U. S. P.)

Da das Haus beschlußfähig ist, wird die Abstimmung zurückgestellt. Der Nachtrag zum Haushalt des Reichstags wird ohne Debatte angenommen. Ebenso eine Entschließung, die eine genaue Aufstellung der in den Auslandsvertretungen tatsächlich tätigen oberen und mittleren Beamten fordert. Das Gesetz über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht Ausgeschiedenen gelangt debattellos in dritter Lesung zur Annahme.

Ebenso in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Er-

höhung der Fernsprechgeldern.

Reichswehrverordnungsgelei

Abg. Karsten (U. S. P.): Alle unsere Gegnerschaft gegen den alten Militarismus häuft sich bei diesem Gesetz. Nach dem Friedensvertrage sollen die Mannschaften der Reichswehr mindestens 12 Jahre, die Offiziere mindestens 2 Jahre dem Heere angehören. Diese Bestimmung ist so ausgelegt worden, daß die Leute nach 12 resp. 2 Jahren aus der Wehrmacht ausscheiden müssen. Auf diese Weise will man versuchen, immer frisches junges Blut in die Reichswehr hineinzubekommen, um so eine größere Zahl von langjährig gedienten Leuten in Deutschland zur Verfügung zu haben. Das Reichswehrverordnungsgelei, so wie es vorliegt, würde bereits im dritten Jahre 300 Millionen M. für völlig gesund zur Entlassung gekommene Offiziere und Mannschaften erfordern. Dagegen wird immer gesagt, wenn Forderungen für soziale und kulturelle Zwecke erhoben werden, es sei kein Geld da. Nach dem Gesetz soll ein lediger Unteroffizier im ersten Jahre nach der Entlassung 13 150 M., im zweiten Jahre 7250 M., im dritten Jahre 6300 M. bekommen. Ein Unteroffizier mit Frau und zwei Kindern würde im ersten Jahr über 15 000, im zweiten über 9000 und im dritten über 8000 M. ausgezahlt erhalten. Insgesamt erfordert der Gesetzentwurf im ersten Jahre 128 Millionen, im zweiten 214 Millionen und im dritten 319 Millionen Mark. Im dritten Jahre entfallen also

auf den Kopf des Reichswehrsoldaten 3000 M.

für den Unterhalt der Entlassenen. Ein Offizier soll nach zehn-jähriger Dienstzeit Pensionberechtigung haben. Außerdem sind Kapitalabfindungen bis über 20 000 M. vorgesehen. Ferner Bürgschaftsdarlehen im achtfachen Betrage des Jahresbezuges, also etwa 120 000 M. Außerdem soll den Entlassenen die Unversicherung auf Besamenschaft gegeben werden. Wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß, wie vor dem Kriege, die Verwaltung gewissermaßen militarisiert werden soll dadurch, daß Unteroffiziere, Feldwebel usw. als Beamte in Kommune, Reich und Staat übergeben. Das ist selbst nach Meinung bürgerlicher Parteien zu weitgehend. Allerdings dieselben Parteien, die für eine weitgehende Versorgung der entlassenen Reichswehrangehörigen stimmen, haben sich stets gegen die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gewendet. Ihnen sind die heutigen Unterstützungssätze für Erwerbslose schon zu hoch. Aber da liegt doch auch gar kein Grund vor, den Offizieren und Mannschaften mehr als diese nach der Meinung der Rechtsparteien aus reichende Erwerbslosenunterstützung zu liefern. Entweder man jagt, sie ist auch für die entlassenen Angehörigen der Reichswehr hoch genug, oder aber für die erwerbslosen Arbeiter zu niedrig. Die Arbeiter, die nützliche Arbeit leisten für die Gesamtheit, haben eher Anspruch auf eine ausreichende Unterstützung. Wenn Geld in so reichlichem Maße für militärische Zwecke vorhanden ist, muß es auch für Zwecke der sozialen Wohlfahrt bereitgestellt werden. Wir lehnen das Gesetz ab. (Lebh. Beifall bei den U. S. P.)

Der Antrag der Unabhängigen, den entlassenen Reichswehrsoldaten nur Erwerbslosenunterstützung zuzugestehen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Eine Anzahl weiterer Anträge von Galkwiz (D. N.), Andree (Ztr.), Meier (S. V. D.), werden zum größten Teil abgelehnt.

Damit schließt die zweite Lesung. Die dritte Lesung findet Dienstag statt.

Das Gesetz über die religiöse Kindererziehung wird gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei in zweiter und dritter Lesung in der Fassung des Reichsausschusses angenommen. Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Jagow-Interpellationen, Kleine Vorlagen, Nachtragsetat, Wehrmachtverordnungsgelei.

Folgen des Märzputsches

Die Kommunisten herrschen in Hettstedt gebrochen

TU. Hettstedt, 4. Juli.

Bei der am Sonntag hier erfolgten Stadtwahl wurden 26 Wahlkreise in der bürgerlichen Parteien 10 Sitze, das Gewerkschaftsamt ebenfalls 10 Sitze, die Mehrheitssozialisten zwei und die unpolitische Arbeitsliste ebenfalls zwei Sitze. Damit ist die Herrschaft der Kommunisten, die hier bisher tonangebend waren, gebrochen.

Nicht nur die Herrschaft der Kommunisten, auch die Mehrheit der Arbeiterparteien ist somit dahin, wofür sich die Arbeiterschaft in Hettstedt bei Holz und den Seinen bedanken kann.

Bankkrach in China

Ufd. Tel. Peking, 3. Juli.

Die „Industriebank von China“ hat dem Handelsgericht ihre Bilanz eingereicht. Das Passivum soll sehr bedeutend sein. Es erreicht ungefähr eine Höhe von 500 Millionen Franken. In China hatte diese Bank Einzahlungen in Höhe von 400 Millionen. Frankreich ist relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen. Die Summe der deponierten Gelder schätzt man auf ungefähr 600 Millionen Franken. Die Aktionäre dieser Bank, welche vor kurzer Zeit erst gegründet wurde, haben 50 Prozent dieser Aktien eingezahlt. Sie werden nun gezwungen sein, dem Gericht die gezeichneten Summen voll einzuzahlen. Unter den verschiedenen Personlichkeiten, die an dieser Bank interessiert waren und deren Interessen ernsthaft bedroht sind, muß man vor allem Philippe und André Berthelot nennen.

Dieser Bankkrach ist ein interessantes Beispiel dafür, wie eine der typischen Erscheinungen des Imperialismus, die Anheftung des Finanzkapitals in den exotischen Gebieten, den sogenannten Interessensphären, außenpolitisch wirkt. Man muß nämlich wissen, daß die verachtete Bank, wie die meisten anderen in China etablierten ausländischen Finanzinstitute, eine Art Papiergeld in Umlauf bringen, das im Verkehr genau wie die offiziellen chinesischen Banknoten bewertet wurde und in kleinsten Werten in den Händen des chinesischen Publikums, namentlich der armen Bevölkerung sich befindet. Der Besitz dieser Armen an Papiergeld dieser Bank wird mit dem Bankkrach ungültig, und die Geschädigten haben ihre paar Pfennige verloren. Es wird auch bereits gemeldet, daß man Angriffe der in Mitleidenschaft gezogenen Volksteile auf französische Unternehmungen in China befürchtet. Geschieht das, dann gilt das Interesse des Mutterlandes der imperialistischen Ausbeuter und Bankhändler als berührt, ein Staatskonflikt entsteht, ein Sonnenfeldzug wird eventuell eingeleitet, der, wenn das Glück gut ist, mit der militärischen Unterjochung und Kolonisierung des betroffenen Gebietes endet. Fühlt sich aber zufällig gar eine andere Großmacht aus irgend einem ähnlichen Grunde an dem gleichen Gebiete interessiert, dann wird sich diese in die Angelegenheit einmischen und dem Staat, der im Begriff ist, die durch die Angriffe auf die Ausbeuter verletzte „nationale Ehre“ zu verteidigen, in den Arm fallen. Dann dehnt sich der Konflikt aus zu einem Konflikt zwischen den Großmächten, und die Kriegsgefahr ist da.

Das französische Volk darf sich glücklich preisen, wenn es in diesem Falle nicht zu solchen Dingen kommt. Denn dann würde es plötzlich nicht mehr heißen: „Frankreich ist relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen.“

Nur noch 5 Tage

Sowohl Vorrat

SAISON-AUSVERKAUF

Hervorragend billige Preise — Günstige Kaufgelegenheit

<p>Dirndkleider aus geblümten Stoffen mit Schürze, 45-100 cm lang.....jetzt 22⁰⁰ bis 66⁰⁰</p> <p>Mädchen-Schulkleider aus dunklen Stoffen 60-100 cm lang jetzt 31⁰⁰ bis 61⁰⁰</p> <p>Knaben Wollanzüge für 3-5 Jahre jetzt 104⁰⁰ bis 144⁰⁰</p> <p>Kieler Waschanzüge für 4-14 Jahre jetzt 68⁰⁰ bis 128⁰⁰</p> <p>Kieler Waschblusen für 4-14 Jahre jetzt 42⁰⁰ bis 82⁰⁰</p> <p>Knaben - Wollhosen für 3-5 Jahrejetzt 29⁰⁰</p> <p>Damen-Taschenfächer mit gestickter Ecke u. Hohlraum 2⁹⁵</p>	<p>Ein Restposten Tisch- und Tafellücher in Jacquard und Damast, einzelne Stücke besonders preiswert</p> <p>Stubenhandtücher Dreifach, gestickt und gebändert..... 12⁵⁰</p> <p>Küchenhandtücher kräftige Qualität..... 11⁵⁰</p> <p>Tischtücher Dreifachgewebe, halbgebl., Größe 120x130 cm..... 59⁵⁰</p> <p>Staubtücher gelb..... 1⁹⁵</p>	<p>Herrenhemden u. Bekleider, makofarbig, alle Größen 29⁵⁰</p> <p>Herrenhemden mako u. weiss, farbige Einätze, alle Größen 34⁰⁰</p> <p>Damen-Untertailen Baumwolle, weiss, alle Größen... 12⁵⁰</p> <p>Damen-Schlupfhöschen Baumw., farbige, alle Größen 16⁵⁰</p> <p>Herrengarnituren Jacke u. Bekleid., farbige, alle Größen 58⁰⁰</p> <p>Damen-Sportjacken reine Wolle, alle modernen Farben..... 225⁰⁰</p>
<p>Grosse Posten Damenstrümpfe u. Herrensocken</p> <p>Serie I 7⁵⁰ Serie II 9⁷⁵ Serie III 12⁵⁰</p>	<p>Leipziger Reisebüro am Dönhoffplatz Vertretung des Mitteleurop. Reisebüros u. der Mitropa Amlicher Fahrkarten-Verkauf Eisenbahn-Fahrkarten, Beil- und Platzkarten ohne jeden Aufschlag Schiffsjahrscheine für alle Dampferlinien Reisegepäck- und Muster-Kollekt.-Versicherung</p>	<p>Grosse Posten Damen- und Herrentaschentücher</p> <p>Damen-Taschentücher Modere-imit. auf Langtelle und ge- 3⁷⁵ stücker Ecke.....</p> <p>Herrentaschentücher weiss mit Rippenle 4⁵⁰</p> <p>Herren-Taschentücher weiss, mit Hohlraum 5⁷⁵</p> <p>Damen-Balsttücher mit Hohlraum 4⁹⁵</p>

Fortsetzung des ausserordentlich billigen Verkaufs von Glas, Steingut, Porzellan

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore
9 Uhr: Die Schöne der Pandore

Leffing-Theater
7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs
7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Waltball-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Berliner Brater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Theater am Hollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Srianon-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schöne der Pandore
8 Uhr: Die Schöne der Pandore

Neue Welt
Arnold Scholz
Gartenstraße 108/114

Dienstag, den 5. Juli
Familientag
der Müller und Schulzen

Prämierung
der schlauesten Müller
und der dicksten Schulzen
mit und ohne „e“
mit und ohne „a“

4 bare Gedächtnisse 150.- inkl.
Legitimation ist mitzubringen

Außerdem: **Konzert**
Vorstellung und Ball
Anfang 5 Uhr am Einlauf 2 Uhr

Bilder, Kunstblätter, Wand-
schmuck mit und ohne Rahmen
kauft man in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 89.

Altmittel
über Tagespreis
Ackerstraße 92

Kropf behandelt erfolgreich
mügl. ohne Operation
Hollnstein Weissart
Brennenstraße 191,
nahe Rosenthaler Platz
Spr.: 10-12 u. 4-7.

Gummimäntel
für Herren und Damen
vorzüglich in Qualität
und Verarbeitung
Mark 290.-
und **325.-**
per Stück

NEFFNER-KONZERN
Berlin W 9, Linkstraße 2

Lieferstelle der größten Arbeiter-
verbände u. Angestelltenverbände

Lagerverkauf:
Linkstraße 2 (am Potsdamer
Platz), von 9 Uhr bis 6 Uhr

Versand
nach auswärts gegen Nachnahme,
unt. Bezugnahme auf dieses Inserat

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin

Lackierer!
Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 7 Uhr, in
„Schulhaus“, am Königsgraben 2, Ecke Mühlgraben

Sektions-Verammlung
für alle Branchen (Metallindustrie,
Karosseriebetriebe, Innungsbetriebe,
Möbel- und Blechlackierer)

Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. — 2. Diskussion. — 3. Verbands-
angelegenheiten.

Wir erwarten, daß unsere Kollegen und Kolleginnen zu dieser
Versammlung zahlreich und pünktlich erscheinen. — Mitgliedsbuch
legitimiert. Die Sektionsleitung.

Spezial-Arzt
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Nerven-,
Frauenleiden, Syphilis, Salvar-
san-Kuren, Blutunterbrechungen.
Damen separat. 10-1, 5-7.

Alt-Metalle
kauft jeden Rest
Oberberger Straße 1,
Reichenhauer Straße 107
(i. Hof im Keller).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nach-
richt, daß folgende Mit-
glieder gestorben sind:
Der Schlichter
Karl Widtko
Berlin, Rappentstraße 95,
am 20. Juni. Die Beerdigung
findet am Dienstag,
den 5. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, am Friedhof
St. Wilhelmsberg, in Wil-
helmsberg, aus statt.

Der Schlichter
Otto Liebsch
Berlin, Belferstraße 20,
am 1. Juli 1921. Die Be-
erdigung findet am Don-
nerstag, den 7. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, im Krem-
atorium, Gerickestr., statt.
Eure ihrem Andenken!
Rage Bestattung wird
ermittelt.
Die Ortsverwaltung.

LUNA-PARK
Heute Volkstag
Eintritt 2.- / Kinder 1.-
Groß-Konzert
Höhen- u. Wasser-
Feuerwerk
47 neueste Attraktionen

Tüchtige Verkäufer (innen)
für
**Leinen- und Baumwollwaren
Kleiderstoffe
Damenwäsche
Lederwaren
Betten
Bettstellen**

sofort gesucht. Meldungen
12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abds.

A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Straße 118/119

Tüchtige Verkäufer (innen)
für
**Leinen- und Baumwollwaren
Kleiderstoffe
Handschuhe**

sofort gesucht. Meldungen
12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Schreibmaschinenreparature. Achtung!
Am Mittwoch, den 6. Juli 1921, abends 5 Uhr
bei Schirm, Charlottenstraße 8

Verammlung
aller im Fachverband der Bureauindustrie
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.
Auch die in den Ministerien, Banken und andern
Großbetrieben beschäftigten Hausmechaniker werden
dringend gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht.

Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 6 Uhr

Verammlung
aller in den Schwarzblechbetrieben Beschäftigten
im Lokal von Wolfshäger, Halberstraße 21.

Tagesordnung:
1. Unsere nächsten Aufgaben. 2. Verschiedenes.

Achtung! **Achtung!**
Am Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 5 Uhr
in der Schulaula, Rappentplatz 12

Verammlung
aller Obleute der Betriebs- und Arbeiterräte.

Tagesordnung:
1. Vortrag: Über Rechte und Pflichten der Betriebs-
räte unter besonderer Berücksichtigung der Sperr-
preis der Schlichtungsausschüsse. Ref. Gen. Gutzk.
2. Diskussion.

Achtung! Innungsschmiede. Achtung!
Vollversammlung
am Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 7 Uhr
in Beckers Festsaal, Webersstraße 17

Tagesordnung:
1. Wie sieht es nach dem Streik in den Innungs-
betrieben aus? 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert
Die Ortsverwaltung

Groß-Berlin

Edele Kumpanei

Der Oberschießenturm mit im äußersten Norden Berlins, wo bekanntlich — sollte man meinen! — nur Klassenbewußte Arbeiter wohnen, nahm dank der Abgestumpftheit oder vielleicht besser: Arglosigkeit weiter Kreise einen durchaus programmatischen Verlauf, nachdem abends vorher irgendein Militärverein (oder mehrere) mit Klöppeln durch die Straßen gezogen war, um in der üblichen Weise ein Stiftungsfest bei viel Schnaps und Bier zu begehen. Die Männlein marschierten gar stolz durch die Straßen und hatten an der Brust allerhand Blech aus Wilhelms glorreicher Zeit sammeln. Und wer damit nicht aufwarten konnte — wie schmählich, daß man damals, als dieses Blech so billig im Kurse stand, nicht bedacht wurde! — hatten sich wenigstens eine Kojette in den Farben des bitterlich beweinten Monarchen angeleht.

Am Sonntag gings dann besonders hoch her mit Paradekonzert der Kapelle ehemaliger Hosiolen des Gardekorps, großem Aufmarsch und Umzug der Vereine und nicht minder großem Rummel im Gartenlokal eines Heimmattreuen, der dabei das Beste Geschäft machte. Er dirigierte gleichzeitig auch die Kapelle und war also Bahn im Rorbe. Ein „schönes“ Zeichen von Uneigennützigkeit.

Im Festzug marschierten „Bergleute“, die vielleicht nie eine Grube gesehen haben, dafür aber schöne Knappenuniformen trugen, die dafür kaum ein Bergmann im Schranke hängen hat — Maske!

Was hinterher folgte, war ein Hohn auf den Geist der Republik! Mehrheitssozialisten und Auch-Demokraten marschierten zusammen mit Leuten, die sich erdrehten, eine Halbkreisfahne voranzutragen, kreuz und quer durch Pantow und mancher wirkliche Revolutionär ballte bei diesem erniedrigenden Anblick die Faust in der Tasche. Eine Farce! Sondergleichen, die schließlich durch gemeinsamen Kaffeekaffsch und reichliche Bierverteilung ihre Krönung fand.

Wenn endlich wird in vielen irreführenden Arbeitern, die diesen bürgerlichen Rummel mitmachen, die Ueberzeugung und das Gefühl aufdämmern, daß zwischen diesen Leuten für sie kein Platz ist? Wann endlich werden Arbeiter und Angestellte sich weigern, ihre Kinder, geschmädt wie die Pfingstochsen, zu dieser Anreizerei auf den Straßen herzugeben?

Wenn auch gewiß viele Oberschießer in Not und Elend geraten sind, so ist das nicht der Weg, zu helfen, zumal man ja aus früheren Erfahrungen wissen sollte, daß sich erst Tausende in den gesammelten Geldern die Hände zu waschen pflegen. Mit Klöppeln und Kinderleichen aus der Zeit Wilhelms, des Deserteurs Wunden zu heilen, ist einer Republik unwürdig.

Ein behördliches Jugendfest

Zu seinem ersten Jugendfest hatte der Berliner Jugendbund aus sich seine Bünde und Gruppen am Sonntag auf dem Spielplatz zu Blankensee zusammengerufen. Annähernd 1000 Jugendliche trafen sich zu diesem Fest. In bunter Reihenfolge wechselten sportliche Veranstaltungen, wie Wettlaufen, Spritzen und Ballspiele mit Rezitationen, Gelangsvorträgen und Aufführungen der Jugend. Humoristische Wettämpfe und Ballspiele zeigten die abwechslungsreiche Tätigkeit der Bünde. Gute sportliche Leistungen wurden zum Teil erzielt und mit Eifer und Hingabe war die Jugend bei der Sache. Bei der kurzen Zeit seines Bestehens war dies eine gute Leistung; ob aber gerade der Sozialkampf der geeignete Sport ist, kann man wohl mit Recht bezweifeln.

Die Bestrebungen dieser Bünde mögen zum Teil ganz gute sein. Ob diesen Organisationen jedoch eine lange Lebensdauer beschieden ist, glauben wir kaum. Sie sind von Lehrern an den einzelnen Schulen gegründet und nehmen ihre Mitglieder nur aus dem Kreise der Schüler. Pflanze „edler Geselligkeit“, körperliche „Ertüchtigung“ und geistige Fortbildung ist ihr Ziel. Politisch soll nicht betrieben werden.

Für unsere Proletarierjugend wollen wir aber eine Heranbildung im Geiste des Sozialismus, und diese Aufgabe können nur unsere proletarischen Jugendorgani-

tionen lösen. Sie können diese Aufgabe, aufrechte Kämpfer und charaktervolle Menschen heranzubilden, viel besser erfüllen, weil unsere Jugendarbeit in einer von den Jugendlichen selbst geleiteten Bewegung geleistet wird, während die Jugendbünde eine von oben herab erfolgende Jugendpflege darstellen.

Merkwürdige Verkehrsplottil

Die Direktion der Berliner Straßenbahn hat am 1. Juli einige Veränderungen im Straßenbahnverkehr von Cöpenick eintreten lassen. Bisher war der Verkehr der Linien 1 und 5 so geregelt, daß ein unmittelbarer Anschluß an die vom Stadtbahnhof Cöpenick abfahrenden und ankommenden Züge bestand. Jetzt hat die Straßenbahn in diesem Verkehr wesentliche Verschlechterungen eintreten lassen; warum, ist uns unerfindlich.

Der Verkehr der Linie 183 ist jetzt so geistreich gelegt, daß die Straßenbahnwagen am Bahnhof Cöpenick zwei Minuten später ankommen als die Stadtbahnzüge abfahren. Kommt man mit dem Stadtbahnzuge an, so hat man nicht mehr wie früher unmittelbaren Anschluß mit der Straßenbahn. Außerdem hat man die Verkehrsmöglichkeit zwischen der Siedlung Mahlsdorf-Süd und Cöpenick verringert, indem man eine Linie ausfallen läßt. Dazu kommt dann noch als dritte Verschlechterung, daß die Wagen der Linie 183 nachmittags mit leeren Anhängewagen verkehren, während der viel umfangreichere Abendverkehr nur von Motorwagen bedrungen wird. Natürlich hat das zur Folge, daß sich jeden Abend bei Ankunft der Stadtbahnzüge unerquickliche Szenen abspielen, wie z. B. am Sonnabend, den 2. Juli.

Vielleicht ist die Straßenbahndirektion so liebenswürdig und klärt das Publikum, daß unter dieser dreifachen Verschlechterung des Straßenbahnverkehrs seit dem 1. Juli leidet, wenigstens darüber auf, warum man eine solche merkwürdige Verkehrsplottil betreibt!

Christentum in Theorie und — Praxis

Während jeder vernünftige Schulleiter danach strebt, im verständlichen Sinne zu arbeiten, scheint der Rektor Osner, 207. Gemeindefschule, bemüht zu sein, die Klassengegenätze zu betonen und im Umgang mit Proletariern entsprechend zu verfahren.

Folgender Vorfall weist ein recht bezeichnendes Licht auf die pädagogische Gedankenwelt Rektor Osners. Charlotte Weiser, Schülerin der 207. Gemeindefschule, wurde am 4. Mai 1921 vierzehn Jahre alt. Sie bekam zu Ostern die Jugendweihe und mußte nach dem ortsüblichen Gebrauch entlassen werden. Da das Mädchen seit Jahren sehr viel krank war, (es war in letzter Zeit einmal drei und dann sieben Wochen im Krankenhaus), und zu Hause der Mutter sehr viel helfen mußte, hat das Mädchen nur die 3. Klasse erreicht. Darum zwingt Rektor Osner nun das Mädchen, gegen den Willen der Eltern, zum weiteren Schulbesuch. Nun sind aber zu Hause außer diesem Mädchen noch vier Kinder (die jüngsten 2 und 7 Jahre), und dem Vater ist es nur unter den schwersten Entbehrungen möglich, das Nötigste für seine lebensköpfige Familie heranzuschaffen. Die Mutter kann also die Hilfe ihrer Tochter nicht entbehren. Und da bereitet nun Rektor Osner dieser Familie soviel Schwierigkeiten, wie nur immer möglich, und frönt schließlich sein Werk damit, daß er der Frau für veräumten Schulbesuch ihrer kranken Tochter ein Strafmandat über 15 Mark oder drei Tage Gefängnis verhängt.

Dann schickte er ihr den Schuldiener in die Wohnung, um das Kind mit Gewalt holen zu lassen. Freilich hat diese Frau gewagt, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden, und schließlich dem Allgewaltigen gegenüber sich auf den Elternbeirat zu berufen. Das hat natürlich dem Jah den Boden ausgeschlagen.

Nun mag ja für Rektor Osner der Paragraph sprechen, aber er vergißt, daß es etwas gibt, was über dem toten Buchstaben steht, und das ist das Leben! Des Rektors Aufgabe wäre es gewesen, die Frau rechtzeitig über die Mittel und Wege aufzuklären, und der einfachen, unerfahrenen Frau die Wege zu ebnen, um ihr Kind aus der Schule herauszubekommen. Rektor Osner kann sich offenbar gar nicht in solche Proletariernde hineinverziehen, wo Krankheit, Not und Sorge immer abwechselnd zu Gast sind.

Herrn Rektor Osner, der so unermüdlich tätig ist, den Kindern seiner Schule recht viel religiöse Lehren mit auf den Weg zu geben, möchten wir daran erinnern, daß es im 5. Gebot heißt, wir sollen dem Nächsten helfen und fördern in allen Lebensnöten, aber nicht, wir sollen ihn schinden und plagen, soviel es nur immer geht. Es ist besser, den Kindern die Religion vorzuleben, als durch Sprüche einzubringen. Sollte aber Rektor Osner fortfahren, Proletarierkinder dafür zu be-

strafen, daß sie dem Religionsunterricht fern bleiben, so wird die organisierte Arbeiterschaft darin nur wieder einen neuen Beweis für ihre Anschauung sehen, daß eine bessere Gesellschaftsordnung nur gegen das Bürgertum und nicht mit ihm zu erkämpfen ist.

Genosse Schrollé 4. Am Mittwoch 1/2 Uhr wird der Genosse Schrollé im Krematorium Gerichtstraße eingeweiht. Mit ihm verliert der 15. Distrikt einen seiner tätigsten und ältesten Parteigenossen. Schon unter dem Sozialistengeiß tätig, hat er stets bei allen Aktionen in vorbestimmter Reihe der Parteigenossen gestanden. Ein leuchtendes Beispiel treuester Pflichterfüllung für die Sache des Sozialismus. Und so wollen wir ihm nachsehen mit dem Gelübnis, im Kampfe um die Erringung wahrer Menschenrechte nicht zu erlahmen.

Die Schulgeldehöhung. Die zentrale Schuldeputation beschloß heute auf Antrag des Genossen Löwenstein folgende Schulgeldeermäßigung an den höheren und mittleren Schulen: Bei einem Gesamteinkommen der Eltern über 40 000 Mark sollen keinerlei Schulgeldeermäßigungen stattfinden. Bei einem Gesamteinkommen von über 30 000 Mark wird für das erste Kind das volle Schulgeld bezahlt, beim zweiten tritt eine Ermäßigung von 25 Prozent, beim dritten eine solche von 50 Prozent ein, alle übrigen Kinder sind schulgeldfrei. Bei einem Gesamteinkommen von 25 000—30 000 Mark tritt für das erste Kind eine Ermäßigung von 25 Prozent, bei dem zweiten eine solche von 50 Prozent, beim dritten eine solche von 75 Prozent ein, vom vierten Kind ab schulgeldfrei. Bei einem Gesamteinkommen von 20 000—25 000 Mark tritt beim ersten Kind eine Schulgeldeermäßigung von 50 Prozent ein, beim zweiten von 75 Prozent, vom dritten ab schulgeldfrei. Bei einem Gesamteinkommen von 18 000—20 000 Mark tritt beim ersten Kinde eine Schulgeldeermäßigung von 75 Prozent ein, jedes weitere Kind ist frei. Ist das Gesamteinkommen der Eltern unter 18 000 Mark, so wird kein Schulgeld erhoben. Diese Richtlinien sollen zu gleicher Zeit mit dem erhöhten Schulgeld am 1. Juli 1921 in Kraft treten.

Die Folgen der Tarifpolitik. Die Erhöhung der Eisenbahnfahrttarife ist wie die der Straßenbahntarife nicht ohne Wirkung geblieben. Der Verkehr nimmt ab und wird weiter zurückgehen. Das sind die Erfolge der modernen Tarifpolitik! Schon am Sonntag war der Verkehr auf den Eisenbahnen und Straßenbahnen geringer als sonst.

Demonstration für die Lazarettinsassen. Wegen der besannenen Vorgänge im Reservelazarett Charlottenburg, wo über schwerkranken Lazarettinsassen Hungerkodiade und Behandlungssperre verhängt wurden, hatten am getrigen Montag die Kriegsbekleidungsorganisationen die Berliner Arbeiterschaft zu einer Demonstration nach dem Lustgarten aufgerufen, um gegen die unmensliche Behandlung der Kriegskrippel, die heute noch die Lazarette bevölkern, zu protestieren. Die Redner schilderten eingehend die Vorgänge im Lazarett Charlottenburg, wiederholt durch Entrüstungsrufe der Zuhörer unterbrochen. Wüßte aller Kriegssopfer sei es, sich unter der Fahne des Klassenbewußt, revolutionären Proletariats zu sammeln, denn nur nach Ueberwindung des Klassenstaates könnten die Leiden der Kriegssopfer voll und ganz beseitigt werden. Einsetzender Sturm und Regen schauer setzten der Demonstration, die durch Gesangsvorträge von Arbeiterlängern eingeleitet wurde, ein vorzeitiges Ende.

Auch eine Protestkundgebung. Der Kurfürstendamm braucht eine neue Diele, die . . . jügte in diesem Viertel, deshalb soll das Café des Westens seines Charakters als Künstlercafé entkleidet werden und in einem neuen Gewande als Diele wieder aufstehen. Darob großer Kummer und tiefe Verstimmung bei den zahlreichen Stammgästen dieser Stätte freien Gedankenauslaßendes. In der vergangenen Nacht nun in der zwölften Stunde kam der Jüdtsturz zur Explosion und der Rezitator Professor Ludwig Hardt aus Charlottenburg hielt eine zündende Ansprache, in der er den schärfsten Protest gegen die Verschandelung dieser Kunststätte erhob. Der Beifall war so lebhaft, daß sich auch das Straßenpublikum für die Vorgänge in dem Café interessierte und sich schnell eine mehrere hundert Köpfe starke Menge vor dem Gebäude ansammelte. Wie üblich, fehlten aus diejenigen Elemente nicht, die überall da, „wo etwas los ist“, einzupringen pflegen, um den Tumult erst auf die richtige Höhe zu bringen. Da diese Burlesken in das Café einzudringen versuchten, schritt die Schutzpolizei ein und machte dem „Ereignis“ ein Ende, indem sie Herrn Hardt in Schutzhaft nahm.

Wer ist das Mädchen? Am 18. November 1920 wurde dem Rädlichen Obdach durch die Taxenienwache ein Mädchen im Alter von 10—12 Jahren zugeführt, das seine Wohnung nicht wußte. Angeblich ist das Mädchen verschleppt. Es nennt sich Edith Hanke, will am 11. Mai 1911 geboren sein und mit seinem

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(A. Fortsetzung.)

Aber Peter, der Gründe hatte, die Alte bei guter Laune zu erhalten, runzelte nur mißbilligend die Brauen. Dann sah er Gretchen genauer an. Vorhin hatte sie ihre Zöpfe hängen gehabt, jetzt trug sie sie um den Kopf gesteckt; auch so erschien sie Peter schön in dem ausgeglichenen Kleid, zu dem sie ein breites Samtband umgebunden hatte, das die milchweiße Haut der Rotblonden noch weißer machte. Ihr halb schnippischer, halb koketter Blick schien zu sagen: „Bin ich nicht reizend?“

Peter sah fortwährend auf ihre Beine, die in weißen Strümpfen stakten, und mit denen sie fortwährend baumelte. Sie irritierten ihn. Warum trug sie diesen kurzen Rock? Sie kam ihm so groß vor, viel zu groß für den kurzen Rock! Auf einmal rief ihm das Blut ins Gesicht, sein Bild war höher und höher gestiegen und an ihrer Brust hängen geblieben, die sich in dem stramm sitzenden Leibchen deutlich abzeichnete, eine junge, volle, feste Brust.

Und sie sah ihn an mit einem Blick, der ihm so ganz anders als sonst vorkam.

Während ihm die Mutter „Kakeberger“ ein neues „Dippcher“ eingoh und ihm freundlich zunickte, nahm sie ihren Redestrom wieder auf, der durch den Zwischenfall mit dem Chignon unterbrochen worden war.

Aber Peter, der mit Recht annahm, daß er dabei von dem Zweck seines Hierseins abkommen würde, fiel ihr mit der Frage ins Wort:

„Mutter Kakeberger, was ist das mit dem Weiher und den Thomanns?“

„Sie frage viel af eemol, do müßet ich jo de ganze Familiengechicht verjähle. Weischt, der Mutter, die stammt vom Pfarrhof und ihr Vater war so ener, wie man ihn nit so leicht findt. Und der Pfarrhof war wie e Schloß, niz als Fenschder. Großartig! Und der Mutter hot do gejung als Mädche, e Theaterjängerin hot se werre solle, un reite hot se müsse und lateinisch und griechisch lerne — „Do kummt der General mit seinem Adjudante,“ hen die Zeit gesaht. Mutter hot se teeni gehatt, aber er, was der Großvater war, hat se gehüt und geliebt wie sein Kagapel. Reife ho se mache derje, un die erste Lehrer hot se gehatt und Geld haufeweis, do is der Vater kumm, leider Gottes, so wolt ich nit se — und aus war's. Sie hot nimmi nee, so wolt ich nit se — was frank vor lauter Lieb, weil

bei Großpape es nit hot leide wolle. Gegreint hot se und gebettelt und getroht, bis er die Zähne überannener gebiß und „Ja“ gejagt hot. Sie war lieb und scheen und bei Vatter noch nit gar so hihig — du weescht jo seimer Peter, — sie haben gelebt wie Gott in Frankreich, das Gut war Nebesach! Aee, was schwäch ich! Der Großpape hat des Lewe nit gern gesehe und is dezwiseh gefahrt und hot gesehnt. Un der armi Mutter hot zu viel Kinner gehatt und se sin gestorbi und si is tränklich worre, no, wie's halt jetzt bei Euch is. Un du glaabscht nit, Peter, wie se so lieb und soinche ausgehe hot! Un jetzt hot se idun weiße Hoor! Ihr liebe Kinner, wie die Zeit vergeht! Und jetzt — ach, entschuldige se, ich sag jo immer „Du!“ — jetzt möchten Se vum Weiher wisse — ja warum der Vatter den Weiher hergegewe hot, weß ich bei Gott nit — Sie frage aach zu viel! — Was die mit'm Weiher tun? Was weech ich? Fisch fange und druff rum fahre, Fesche gewewe im Weiherhaus, un der Bach, des werd die Hauptsach sein, der muß die Fabrik elektrisch treibe.“

„War mein Vater gut mit den Thomanns?“

„Früher menschte? Ei gewiß.“

„Warum grüßen sie sich jetzt nicht mehr?“

„Dun se des? Des weech ich gar nit!“

Also aus der Alten war die Wahrheit auch nicht herauszubringen, so machte sich Peter enttäuscht auf den Heimweg, trotzdem Gretchen schmollte und protestierte.

Sie begleitete ihn, der so sehr in Gedanken war und sie nicht weiter beachtete, gar nicht wie sonst und rief ihm nur nach: „Einen schönen Gruß an Heinrich, er soll bald kommen, er ist wenigstens nicht so langweilig wie du!“

Aber Peter hatte anderes zu denken. Er glaubte jetzt den Bohn des Vaters zu verstehen, er war Partei für den Vater geworden. Die Thomanns waren Schurken, keine Frage, so hatte er sich's zurechtgelegt, sie hatten beim Weiherlauf betrogen, daher die Feindseligkeiten! Sein ganzer Groll ging auf die reichen Fabrikanten über. Das Geschmeiß! Kein Wunder, wenn der Großvater schaff! Und plötzlich hatte er einen Klang im Ohr, eine sonore Stimme, die gebieterisch über den Hof schallte. Nicht des Vaters Stimme, die war weich und wurde hoch und schrill im Affekt — das mußte der Großvater gewesen sein! Er bemühte sich, das Bild des Großvaters wieder herzustellen, vergeblich, es blieb nur der Klang der befehlenden Stimme. — Plötzlich aber hatte er Großvater und Vater, den Weiher und die Thomanns vergessen und sah Gretchen vor sich in dem engen Leibchen und mußte immer an die kleine, feste, runde Brust

unter dem Leibchen denken und hatte doch immer daselbe Bild vor sich. Wie sie ihn angesehen hatte, als er neben ihr sah — jetzt erst fiel's ihm ein. So von unten herauf, den Kopf auf den Arm gelegt, und wie sie ihm näher rückte! Es war alles anders wie sonst, etwas Fremdes und Beglückendes war zwischen ihnen, das so viel Verwirrendes brachte, ihn hörte und beengte, das er liebte und verabscheute zugleich.

Er rannte im Trab nach Hause und bekam auf einmal Angst, weil er so lange ausgehieben war. Die Sonne schien ihrem Untergang nahe, und überall stieg schon die Feuchtigkeit aus den Wiesen auf. Im Haus war's still und das Wohnzimmer stand leer.

Auf einmal schallte die wutbedende Stimme seines Vaters von oben; er schrie, daß das Haus zitterte. Peter machte sich ordentlich klein, schlich sich aus dem Zimmer und drückte sich an der Mauer hin, die Stiege hinauf. Wenn das ihm galt! Es überließ ihn heiß und kalt, und die Ohren sausten ihm ordentlich vor Aufregung; trotzdem verstand er ein paar Worte. Gott sei Dank. Das ging Heinrich an! Der Brief von gestern!

Noch ließ sich das Schredgefühl nicht so schnell abschütteln. Es drängte ihn zu laufen. Er öffnete seine Türe. War das nicht Heinrichs Stimme?

„Natürlich ich darf mir niemals erlauben, das traditionelle heiße Blut der Felsenbrunner zu haben? Nur dul natürlich du —“

„Hinaus! Hinaus!“ hörte er den Vater brüllen und stoh entsetzt vor diesen heiseren Wutschreien in eine Ecke, bis ihn ein kaltes und leidenschaftliches Weinen auftrieb.

Das war die Mutter! Sie weinte! Warum stürzte er denn nicht hinunter, Feigling, der er war, und suchte sie zu trösten?

„Sei still, oh sei doch still!“ sagte er leise vor sich hin, Tränen fliegen in seine Augen, und eine qualende Sehnsucht nach ihr überfiel ihn.

Jetzt hörte er die Stimme des Vaters wieder deutlich, denn unten wurde ein Fenster aufgemacht.

„? — das ist ja Wahnsinn! Sagte er das? Jawohl ich verkehre dort, du hättest es ja doch einmal erfahren, und das Mädchen —“ hier wurde das Weinen wieder heftiger und Peter verstand nichts mehr. Des Vaters Stimme klang unsicher, fast bittend, und das Weinen hörte er nun als ein undeutliches summendes Geräusch. Er wurde müde dabei, stumpf und traurig, sein Kopf wurde immer schwerer, — er schlief ein. (Fortsetzung folgt.)

